

Alterssicherung:	
Ausländische Senioren häufig arm	2
Verteilung:	
Vermögensgefälle größer als bei Nachbarn	3
Kinderbetreuung:	
Im August wird's knapp – Der Kita-Ausbau hinkt der Nachfrage hinterher	4
Arbeitsmarkt:	
Lesben in München benachteiligt	5
Sozialpolitik:	
Mit Kindern schlecht abgesichert	6
Corporate Governance:	
Unternehmen bleiben Mitbestimmung treu	7
TrendTableau	8

KONJUNKTUR

Wirtschaft kommt nicht vom Fleck

Weiter Rezession im Euroraum, zugleich weniger Nachfrage aus Übersee. Die deutsche Wirtschaft wird bis Ende 2014 nur schwach wachsen. Einziger Lichtblick: der private Konsum.

Der harte Sparkurs und die Rezession in vielen Euroländern bremsen weiterhin auch die deutsche Wirtschaft. Und nun fallen die Impulse aus Staaten außerhalb der EU geringer aus als noch vor kurzem erwartet. Das hat zwei Gründe: Das Wachstum lässt insbesondere in einigen großen Schwellenländern etwas nach. Zudem werden außerhalb Europas weniger Investitionsgüter geordert, auf die viele deutsche Exporteure spezialisiert sind. Die flaue Entwicklung bei den Ausfuhren lässt wiederum viele Unternehmen in Deutschland Investitionen aufschieben. Die IMK-Forscher senken daher ihre Konjunkturprognose.* In diesem Jahr rechnen sie nur noch mit einem Mini-Wachstum von 0,3 Prozent. Für 2014 sagen sie bescheidene 0,8 Prozent voraus.

Wichtigste Stütze der Wirtschaft ist der private Konsum, betonen die Ökonomen. „Wir gehen davon aus, dass die Löhne und Gehälter real zulegen werden und die Arbeitslosigkeit nur moderat steigt“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „Unter diesen Voraussetzungen kann die Nachfrage der Privathaushalte Schlimmeres verhindern. Trotzdem kommt die deutsche Wirtschaft bis Ende 2014 über eine Stagnation nicht hinaus.“

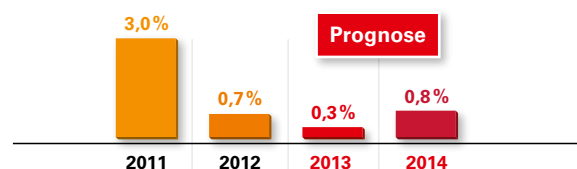
Die Trends am Arbeitsmarkt sind uneinheitlich: Sowohl die Beschäftigung als auch die Arbeitslosigkeit steigen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte erneut Spitzenwerte erreichen – 41,9 Millionen im Jahresmittel 2014. Bei steigender Erwerbsneigung und höherer Zuwanderung steigt aber auch die Zahl der Arbeitslosen um jeweils rund 60.000.

Die Krise in Europa lässt sich aus Sicht der Forscher nur überwinden, wenn in den Euro-Krisenländern die weiterhin hohen Zinssätze sinken, die nicht nur die Staatsfinanzierung, sondern auch Investitionen von Unternehmen behindern. Die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, notfalls Staatsanleihen von Krisenländern aufzukaufen, habe zwar positiv gewirkt und die Risikoprämien spürbar reduziert. Doch das reiche nicht aus. Als sinnvolles Instrument empfiehlt das IMK einen Schuldentilgungsfonds. Damit würden die Euroländer für ihre Staatsschulden oberhalb einer bestimmten Grenze gemeinschaftlich haften. Für die Rückzahlung blieben aber die jeweiligen Schuldnerländer verantwortlich. Dies, so das

Private stützen die Konjunktur

Laut IMK verändert sich im Vergleich zum Vorjahr:

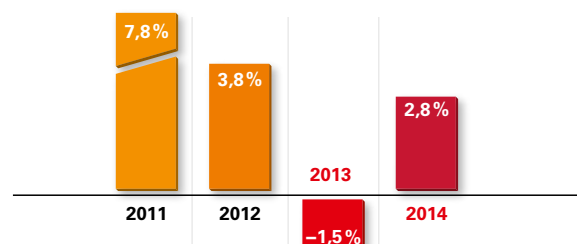
Das reale **Bruttoinlandsprodukt** um ...



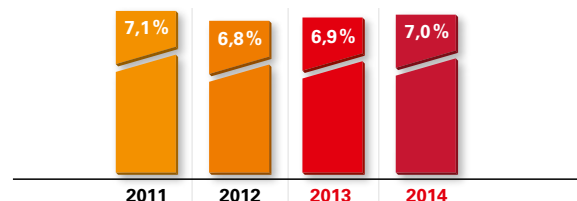
Der **private Konsum** um ...



Der **Export** um ...



Die **Arbeitslosenquote** beträgt ...



Quelle: IMK 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

IMK, „dürfte die höchste Aussicht auf Erfolg haben und zu der geringsten Belastung der Steuerzahler führen, da die Krisenländer in die Lage versetzt würden, ihre Schulden auch tatsächlich zu bedienen“. ◀

* Quelle: IMK-Arbeitskreis Konjunktur: Deutschland stagniert. Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2013, IMK Report 84, Juli 2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Der Beitrag „Ausländische Senioren häufig arm“ wird am Montag, 8.7.2013 veröffentlicht

Vermögensgefälle größer als bei Nachbarn

Im europäischen Vergleich sind Vermögen in Deutschland besonders ungleich verteilt.

Auf die Dauer sorgt eine hohe Konzentration der Vermögen dafür, dass sich auch die Einkommensungleichheit weiter verfestigt.

Seit kurzem liegen auf europäischer Ebene erstmals detaillierte, vergleichbare Informationen zur Vermögenssituation privater Haushalte vor. Die deutschen Daten hat die Bundesbank erhoben – und wertet sie nun sukzessive aus.* Im Durchschnitt gilt: Netto – also abzüglich der Schulden – besaßen deutsche Privathaushalte Ende 2010 ein Vermögen von 195.200 Euro. Der Median – der Wert, der die Haushalte in eine reichere und eine ärmere Hälfte teilt – liegt allerdings deutlich niedriger: bei 51.400 Euro.

„Im internationalen Vergleich erscheinen beide Werte eher als niedrig“, kommentiert die Bundesbank ihre Rechenergebnisse. So weist beispielsweise der Euroraum ohne Deutschland ein Median-Nettovermögen von 140.200 Euro aus. Der Mittelwert beträgt 245.400 Euro. Die insgesamt niedrigeren deutschen Werte könnten nach Einschätzung der Zentralbanker mit niedrigeren Erbschaften aufgrund der langen Nachwirkungen des verlorenen Krieges und dem geringen Kapitalaufbau in Ostdeutschland vor der deutschen Einheit zusammenhängen.

Die reichsten zehn Prozent besitzen weitaus mehr als in den Nachbarländern.

„Die große Differenz zwischen Mittelwert und Median und die Tatsache, dass 73 Prozent der Haushalte ein unterdurchschnittliches Vermögen haben, deuten auf eine ausgeprägte Vermögensungleichheit hin“, so die Bundesbank. Hierzulande gehören den reichsten zehn Prozent der Haushalte 59,2 Prozent des Nettovermögens. Im Euroraum ohne Deutschland sind es 46,5 Prozent. Einen engen Zusammenhang macht die Bundesbank zwischen Immobilienbesitz und Vermögen aus. Zwar lässt sich aus den Daten nicht ablesen, ob vermögende Haushalte Immobilien kaufen – oder, umgekehrt, der Kauf von Immobilien die Haushalte vermögend macht. Doch hat das Gros der Mieter ein geringeres Einkommen als die Eigentümer – und damit weniger Möglichkeiten, Finanzvermögen aufzubauen.

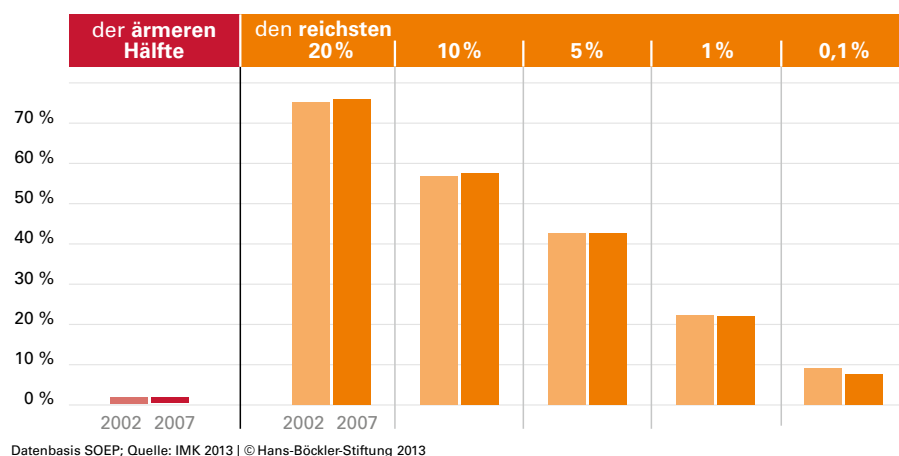
Höheres Einkommen, größeres Vermögen – und umgekehrt. „Die Beziehung zwischen aktuellem Einkommen und Vermögen ist im Durchschnitt erwartungsgemäß positiv“, fasst die Bundesbank zusammen. So besitzen die Haushalte im untersten Fünftel der Bruttoeinkommensverteilung ein mittleres Nettovermögen von 42.100 Euro, die einkommensreichsten zehn Prozent der Haushalte hingegen 692.400 Euro. Immerhin: Die Verschuldungssituation der Haushalte gebe aktuell „keinen Anlass zur Besorgnis“. Anders als in ei-

ner Reihe anderer Länder sei Überschuldung in Deutschland „kein verbreitetes Phänomen“.

Mit der Frage nach den Ursachen und Konsequenzen der Ungleichheit ökonomischer Ressourcen in Deutschland, hat sich auch Kai Daniel Schmid beschäftigt. Der Wissenschaftler hat zusammen mit seinen Kollegen den IMK Verteilungsmonitor entwickelt.* Dazu haben sie Daten des Sozio-oekonomischen Panels ausgewertet. Damit lassen sich auch Aussagen über die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung treffen. „Generell scheint die hohe Vermögenskonzentration die Einkommensungleichheit zu verfestigen“, so Schmid. Und: Je höher das Vermögen eines

Vermögen: Ungleichheit hält sich

Von den Netto-Haushaltsvermögen in Deutschland gehörte ...



Haushalts im Jahr 2002 war, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass es fünf Jahre später immer noch relativ hoch ist.

Auch das IMK macht einen positiven Zusammenhang zwischen höheren Markteinkommen und dem Nettovermögen eines Haushalts aus. Dabei funktioniert das Zusammenspiel in beide Richtungen: Zum einen führt ein höheres Einkommen zu mehr Vermögen, denn Haushalte, die mehr verdienen, sparen einen größeren Anteil ihrer Einkünfte. Zum anderen bedeutet ein höheres Vermögen eben auch höhere Kapitaleinkünfte – und damit insgesamt mehr Einkommen.

„Zudem zeigt sich, dass vermögende Haushalte Kapitalrenditen oberhalb des Durchschnitts erzielen“, so Schmid. „Die sehr hohe Konzentration von sowohl Vermögen als auch Kapitaleinkommen begünstigt daher tendenziell eine weitere Verfestigung der Einkommensungleichheit, insbesondere im oberen Bereich der Einkommensverteilung.“ ◀

* Quellen: Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juni 2013; Kai Daniel Schmid u.a.: IMK Verteilungsmonitor, Einkommensverteilung in Deutschland 1991-2010, Mai 2013; Martin Adler, Kai Daniel Schmid: Wealth Concentration and Market Income Inequality in Germany, im Erscheinen
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Im August wird's knapp: Der Kita-Ausbau hinkt der Nachfrage hinterher

Am 1. August tritt die Betreuungsgarantie für Kinder über einem Jahr in Kraft. Derzeit ist jedoch fraglich, ob das Angebot ausreichen wird, um den Rechtsanspruch erfolgreich umzusetzen. **WSI-Forscher Eric Seils*** hat die Betreuungsgarantie aus international vergleichender Perspektive analysiert.

Haben auch andere Länder in Europa eine Betreuungsgarantie für Kinder unter drei Jahren?

Seils: Einen individuellen Rechtsanspruch, wie er in der Bundesrepublik im August Wirklichkeit werden soll, findet man in den nordischen Ländern. In Finnland besteht dieser Anspruch für alle

Erreichen wir im August in Sachen Kleinkindbetreuung also das nordische Niveau?

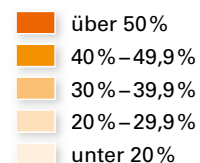
Seils: Die Betreuungsgarantie für Kleinkinder stellt ein ehrgeiziges Ziel dar. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich bei der Betreuungsgarantie in Deutschland lediglich um eine Garantie für einen Teilzeitplatz handelt. In Schweden sind die Kommunen verpflichtet, Kinderbetreuung in dem Umfang zu erbringen, wie dies von den Eltern gewünscht wird. Dort wird Kinderbetreuung sogar in der Nacht angeboten. In Norwegen, Island und Dänemark erfolgt die Betreuung ganz überwiegend in Vollzeit. Die Kleinen werden also im August keineswegs eine



Kinder. In Dänemark haben alle Kinder ab einem Alter von 26 Wochen ein Recht auf einen Betreuungsplatz. In Norwegen und Schweden gilt das wie bei uns für Kinder ab einem Jahr. In Island gibt es zwar keinen individuellen Rechtsanspruch, aber die Kommunen sind verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten.

Kinderbetreuung im Argen

Die Betreuungsquote von Kleinkindern in Tageseinrichtungen betrug 2012 ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

Betreuungsinfrastruktur auf nordischem Niveau vorfinden.

Vielerorts werden Zweifel daran laut, ob im August überhaupt genug Plätze vorhanden sind, um die Betreuungsgarantie auch umzusetzen. Ist das zu schaffen?

Seils: Ich denke, es wird sehr knapp. Es ist zu befürchten, dass es nicht überall gelingt, eine bedarfsdeckende Versor-

gung sicherzustellen, weil dazu seit März 2012 mehr Plätze hätten geschaffen werden müssen als in den vier Jahren davor zusammen. Selbst wenn es gelingen sollte, im August hinreichend viele Plätze zur Verfügung zu stellen, dann wird das nur den Auftakt zu einem ständigen Wettrennen zwischen Angebot und Nachfrage darstellen.

Worauf beruht diese Einschätzung?

Seils: Dass die Nachfrage nach Betreuungsleistungen für diese Altersgruppe steigt, sehen wir bereits an der Entwicklung in Deutschland. Als auf dem Krippengipfel 2007 die Betreuungsgarantie ins Auge gefasst wurde, plante man für 2013 mit 750.000 Plätzen für 35 Prozent aller Kinder. Heute geht man von einem Bedarf von 780.000 Plätzen für 39 Prozent der Kinder aus. Die Erfahrungen anderer westeuropäischer Länder zeigen, dass ein steigendes Angebot an Kinderbetreuung zu einer wachsenden Nachfrage führt. Dafür gibt es mehrere Ursachen: Erstens verschieben sich mit der wachsenden Inanspruchnahme formaler Kinderbetreuung die Normen. Typischerweise dehnt sich die Nutzung der Kinderbetreuung von den älteren auf die jüngeren Kinder aus. Mit der Verbreitung steigt dann die soziale Akzeptanz. Schließlich gilt es als unschicklich, sein Kind nicht in den Kindergarten zu geben. Zweitens zeigt das dänische Beispiel, dass Kinder bei wachsenden Betreuungsquoten außerhalb von Betreuungseinrichtungen immer weniger Spielkameraden finden.

Das würde bedeuten, dass zukünftig die allermeisten Kleinkinder eine Tagesstätte besuchen. Gibt es da keine Grenze?

Seils: Der internationale Vergleich lehrt, dass in allen Ländern nur wenige Kinder unter einem Jahr in Kitas oder zu Tageseltern gebracht werden. Außerdem stagniert der Anteil in dieser Altersgruppe im Zeitverlauf. In vielen Ländern greifen in diesem Alter noch Transferzahlungen, die es den Eltern ermöglichen sollen, ihre Kinder selbst zu betreuen. In Deutschland gibt es das Elterngeld. Bei den Kindern, die ihren ersten Geburtstag bereits gefeiert haben, steigen die Betreuungsquoten hingegen rasch an. Diese Kinder werden

in Zukunft ganz überwiegend einen Kindergarten besuchen. In Dänemark gehen bereits 90 Prozent aller Ein- bis Zweijährigen in eine Kindertagesstätte. Dies deutet darauf hin, dass eine bedarfsdeckende Betreuungsquote in Deutschland nicht – wie von der Bundesregierung angenommen – bei 39 Prozent, sondern erst bei etwa 60 Prozent erreicht sein könnte. *Das ist eine enorm hohe Zahl...*

Seils: ...die von der Wirklichkeit in manchen Gegenden Deutschlands schon überholt ist. In Sachsen-Anhalt liegt die Betreuungsquote heute bei 57,5 Prozent. In einigen Kreisen auch darüber. Das Jerichower Land liegt bei der Betreuungsquote der Unter-Dreijährigen bei 63,5 Prozent.

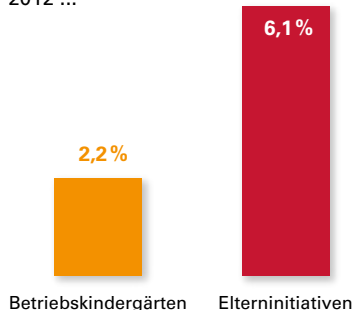
Was haben die Betriebe getan, um dem Mangel an Betreuungsplätzen abzuhelpen?

Seils: Trotz der hohen Nachfrage relativ wenig. Betriebskindergärten spielen im Bereich der Kleinkinderbetreuung nur eine untergeordnete Rolle. Nach den aktuellen Zahlen von 2012 werden 10.400 Kinder unter drei Jahren in einem Betriebskindergarten betreut. Das sind gut 2,2 Prozent aller in Tageseinrichtungen betreuten Kleinkinder. Viel aktiver waren da die Eltern. Die Zahl der in Elterninitiativen betreuten Kleinkinder hat von 17.700 im Jahre 2006 auf derzeit 29.000 zu-

genommen. Das entspricht knapp 6,2 Prozent der betreuten Kleinkinder. Immerhin ist die Bedeutung der Elterninitiativen zuletzt zurückgegangen. Dies deutet auf eine gewisse Entlastung der Eltern hin. ◀

Betriebe tun wenig

Von den in Tageseinrichtungen betreuten Kleinkindern besuchten 2012 ...



Quelle: Stat. Bundesamt 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Eric Seils forscht im WSI zu sozialer Sicherung, Einkommensverteilung und Staatstätigkeit
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Arbeitsmarkt

Lesben in München benachteiligt

Die Ökonomin Doris Weichselbaumer von der Universität Linz hat in einem Experiment untersucht, inwieweit Lesben bei der Arbeitsplatzsuche diskriminiert werden. Dafür hat sie auf Stellenanzeigen für Bürotätigkeiten in Berlin und München über 1.000 fiktive Bewerbungen verschickt. Alle Bewerberinnen hatten den gleichen Namen, waren 30 Jahre alt, hatten nach dem Abitur eine Ausbildung als Bürokauffrau absolviert und acht Jahre Berufserfahrung. Unter-

schiede gab es lediglich beim Familienstand und der sexuellen Orientierung: Ein Viertel der Frauen war mit einem Mann verheiratet, ein anderes Viertel gab als Familienstand eine eingetragene Partnerschaft mit einer Frau an. Von den ledigen Bewerberinnen war laut Lebenslauf die eine Hälfte in der Buchhaltung des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland ehrenamtlich aktiv, die andere Hälfte bei einem Kulturzentrum. Jeder Stellenanzeige wurde

eine der vier Identitäten per Zufall zugeordnet. Im Ergebnis zeigt sich, dass Lesben am Münchner Arbeitsmarkt systematisch benachteiligt werden: Wenn die fiktive Bewerberin ledig und heterosexuell war, gab es dort zu 45 Prozent positive Rückmeldungen, bei Ehefrauen zu 42 Prozent. Lesben hatten unabhängig von ihrem Familienstand nur zu knapp 33 Prozent Erfolg. In Berlin dagegen scheint Diskriminierung von Lesben eher unüblich: Hier gab es keine signifikanten Unterschiede bei den

Rückmeldungen. Als mögliche Erklärung nennt Weichselbaumer das unterschiedliche kulturelle Klima in Berlin und München, das die Einstellungen gegenüber sexuellen Minderheiten beeinflussen könnte: Bayern sei relativ konservativ und mehrheitlich katholisch, Berlin dagegen gelte als progressive Stadt und sei vor allem von Konfessionslosen bewohnt.

Quelle: Doris Weichselbaumer: Testing for Discrimination against Lesbians of Different Marital Status: A Field Experiment, IZA Discussion Paper No. 7425, Mai 2013

Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Mit Kindern schlecht abgesichert

Bei der sozialen Situation von Risikofamilien schneidet Deutschland im Ländervergleich schlecht ab. Insbesondere Alleinerziehende sind oft von Armut bedroht, weil es an Erwerbsmöglichkeiten und staatlicher Unterstützung fehlt.

Wenn Eltern keinen Job haben oder für einen Niedriglohn arbeiten müssen, hat das weitreichende Folgen – weil nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Kinder mit wenig Einkommen über die Runden kommen müssen. Welche Dimension dieses Problem hat und wie die Sozialpolitik damit umgeht, haben Thomas Bahle, Claudia Göbel und Vanessa Hubl vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung untersucht.* Dafür haben sie die Situation „familiärer Risikogruppen“ in Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden anhand von Daten der European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) analysiert. Den Ergebnissen zufolge ist Deutschland bei arbeitslosen Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden „das Schlusslicht unter den betrachteten Ländern“, die soziale Absicherung dieser Familien ist unzureichend. Die Folge: Ein erheblicher Teil von ihnen lebt unter der Armutsgrenze.

Als familiäre Risikogruppen betrachten die Sozialforscher alleinerziehende Arbeitslose oder Geringverdiener und Paare mit Kindern, wenn beide Eltern keinen Job haben oder aufgrund von Niedriglohnbeschäftigung oder geringer Arbeitszeit nur wenig verdienen. In den untersuchten Ländern sind die meisten Paare gut in den Arbeitsmarkt integriert: Der Anteil der Risikogruppen schwankt zwischen 5 Prozent in Dänemark und 20 Prozent in Großbritannien. Weniger gut sieht es dagegen bei den Müttern und Vätern ohne Partner aus: In Großbritannien gehören drei Viertel von ihnen zu einer Risikogruppe, in den Niederlanden 59 Prozent, in Frankreich 44 Prozent und in Dänemark ein Viertel. In Deutschland beträgt der Anteil fast zwei Drittel – 30 Prozent der Alleinerziehenden sind nicht erwerbstätig, 35 Prozent beziehen einen Niedriglohn.

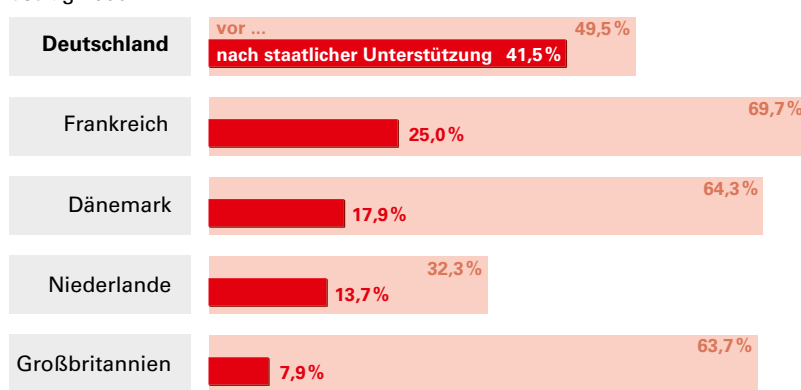
Kitas fördern Arbeitsmarktintegration. Ein wesentlicher Grund für die vergleichsweise hohe Arbeitsmarktintegration von Familien in Dänemark und Frankreich dürfte den Autoren zufolge die gut ausgebaute Ganztagskinderbetreuung sein. In den Niederlanden trage die weite Verbreitung von Teilzeit dazu bei, dass viele Eltern erwerbstätig sind – auch wenn Teilzeitbeschäftigte oft wenig verdienen. Die größten Niedriglohnsektoren weisen im Ländervergleich allerdings Deutschland und Großbritannien auf. Die Sozialwissen-

schaftler vermuten, dass damit auch die geringe Beschäftigungsquote unter deutschen und britischen Alleinerziehenden zusammenhängen könnte: Angesichts der niedrigen Einkommen lohne sich eine berufliche Tätigkeit für viele Mütter und Väter kaum. Ein weiteres Problem sei die mangelnde oder teure Kinderbetreuung.

Deutsches Sozialsystem sichert unzureichend. Inwieweit familiären Risikogruppen tatsächlich Armut droht, hängt nicht nur vom Arbeitseinkommen der Eltern, sondern auch von der Qualität der sozialen Sicherung ab. Tendenziell, so Bahle, Göbel und Hubl, seien Mütter und Väter ohne Partner bei Sozialleistungen deutlich benachteiligt. So bleibe rund

Sozialstaat erreicht Alleinerziehende oft nicht

Die Armutsquote alleinerziehender Geringverdiener betrug 2008 in ...



Quelle: Bahle, Göbel, Hubl 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

die Hälfte aller arbeitslosen Alleinerziehenden in Deutschland und Frankreich auch nach staatlichen Transfers unter der Armutsgrenze von 50 Prozent des nationalen Median-Haushaltseinkommens. Bei den alleinerziehenden Geringverdienern ist die deutsche Armutsquote mit 40 Prozent mit Abstand am höchsten. In Großbritannien ist der Anteil der Risikogruppen unter den Alleinerziehenden zwar größer als in Deutschland, das Armutsrisiko aber wesentlich geringer: Von den arbeitslosen Alleinerziehenden sind dank staatlicher Unterstützung lediglich 23 Prozent arm. In Dänemark dagegen sei die Armutsquote bei Geringverdienern zwar relativ hoch, schreiben die Wissenschaftler. Aber weil es keinen großen Niedriglohnsektor gebe, seien nur wenige dänische Familien von diesem Problem betroffen – ein Erfolg der flächendeckenden gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

In Deutschland dagegen, konstatieren die Forscher, gebe es für Risikofamilien „die schlechteste aller Welten“: Einerseits seien viele Familien kaum in den Arbeitsmarkt integriert, andererseits reichten staatliche Transfers oft nicht aus, um Arbeitslose oder Geringverdiener über die Armutsgrenze zu heben. Eine drängende sozialstaatliche und gesellschaftspolitische Herausforderung sei daher, für eine bessere Erwerbsintegration von Alleinerziehenden sowie eine ausreichende soziale Absicherung für Nichterwerbstätige und Geringverdiener zu sorgen. ◀

* Quelle: Thomas Bahle, Claudia Göbel, Vanessa Hubl: Familiäre Risikogruppen im europäischen Vergleich, in: WSI-Mitteilungen 3/2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Unternehmen bleiben Mitbestimmung treu

Es gibt keinen Trend zur Flucht aus der Mitbestimmung durch grenzüberschreitende Fusionen oder Rechtsformwechsel. Es existieren aber Gesetzeslücken, die geschlossen werden sollten.

Topmanager äußern sich in neueren Untersuchungen durchaus zufrieden mit der Unternehmensmitbestimmung. Gleichzeitig versucht eine Reihe von Beratern, den Eindruck zu erwecken, als würden deutsche Vorstandsetagen ständig die Frage wälzen, wie sie sich der Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat entziehen könnten. Und eben jene sind es, die Hilfsdienste bei der Umgehung der Mitbestimmung anbieten, haben Roland Köstler und Lasse Pütz, Experten für Unternehmensrecht in der Hans-Böckler-Stiftung, beobachtet.* Das Vehikel, mit dem sich Unternehmen aus dem Geltungsbereich der Mitbestimmung absetzen sollen, ist das europäische Recht. Genauer: die Möglichkeit, das Unternehmen in eine europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea, SE) umzuwandeln oder es mit einer ausländischen Gesellschaft ohne Mitbestimmung im Aufsichtsrat zu verschmelzen. „Betrachtet man indessen die Fakten, zeigt sich, dass es keinen solchen Trend gibt“, schreiben die beiden Juristen.

Europa-AGs: Langsames Wachstum. Die Zahl der operativ tätigen Gesellschaften mit wenigstens fünf Mitarbeitern, die als SE neu ins deutsche Handelsregister eingetragen wurden, lag in den vergangenen Jahren meist unter 20. Derzeit existieren lediglich 22 SEs, deren Belegschaftsgröße die Schwelle von 2.000 Beschäftigten für die 1976er-Mitbestimmung übersteigt. Gemessen an insgesamt 654 Unternehmen mit paritätisch besetztem Aufsichtsrat* fallen die SEs kaum ins Gewicht, so die Mitbestimmungsexperten. Zudem ändert der Rechtsformwechsel nichts an der paritätischen Besetzung des Aufsichtsrats.

Fusionen: Keine Flucht aus Deutschland. Grenzüberschreitende Verschmelzungen von Unternehmen haben meist andere Gründe als von Mitbestimmungsskeptikern erwartet: Wie eine Untersuchung der Universität Jena im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung belegt, werden in zwei von drei Fällen ausländische Firmen in deutsche Unternehmen verschmolzen.* Lediglich 35 Prozent der transnationalen Fusionen führen zur Aufnahme eines deutschen Unternehmens in eine Gesellschaft im Ausland. Und relevant aus Mitbestimmungssicht waren nur 22 von den 381 Verschmelzungen der Jahre 2007 bis 2012. Da einige Unternehmen mehrfach an Fusionen beteiligt waren, sind insgesamt nur 17 Firmen betroffen.

„Das von Mitbestimmungskritikern verbreitete Bild von einer Flucht aus der deutschen Unternehmensmitbestimmung durch die Nutzung einer SE oder durch eine grenzüberschreitende Verschmelzung“ wird also nicht gestützt, folgern Köstler und Pütz. Trotzdem gibt es den Experten zufolge wenigstens bei der SE weiteren gesetzlichen Regelungsbedarf. Das betrifft etwa die Frage, wie und wann bei kleineren SEs über die künftige Mitbestimmung verhandelt wird, beispielsweise bei der „Aktivierung“ so genannter, zunächst nur auf dem Papier gegründeter Vorratsgesellschaften. Hier sollten die Registergerichte zudem verpflichtet werden, mitbestimmungsrelevante Entwicklungen von sich aus zu überwachen. Eine Lücke besteht den Wissenschaftlern zufolge auch beim Drittelbeteiligungsgesetz. Hier sei es für manche Holdings heute

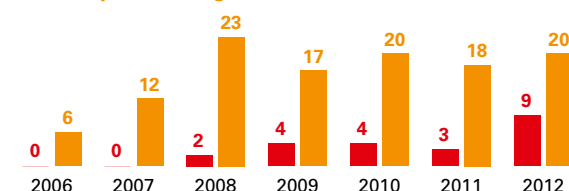
relativ leicht, die Mitbestimmung zu umgehen, weil nicht alle Mitarbeiter des Konzerns gezählt werden, wenn es um die Mitbestimmungsschwelle von 500 Arbeitnehmern geht.

Überflüssig ist nach Ansicht der Rechtsexperten hingegen ein aktuelles Projekt der europäischen Gesetzgebung: Die europäische Privatgesellschaft (SPE), analog zur deutschen GmbH als kleiner Bruder der SE geplant, sei unnötig. Denn die Praxis zeige, dass der Mittelstand sich der bereits bestehenden SE bediene. ◀

Keine Scheu vorm Standort D

Es gab so viele ...

■ internationale mitbestimmungsrelevante Fusionen
■ neue operativ tätige SE (ab 5 Beschäftigten)



Von 2007 bis 2012 gab es so viele Verschmelzungen deutscher Unternehmen mit Firmen

in	nach Deutschland	ins Ausland
Österreich	51	36
Luxemburg	14	32
Niederlande	57	17
Finnland	1	11
Großbritannien	42	10
Italien	16	6
Belgien	16	5
Spanien	8	3
Tschechien	3	2
Malta	1	2
Liechtenstein	1	2
Irland	3	2
Zypern		1
Ungarn	3	1
Slowakei	1	1
Island		1
Dänemark	7	1
Bulgarien		1
Slowenien	1	
Schweden	8	
Portugal	2	
Polen	2	
Lettland	1	
Frankreich	9	
gesamt	247	134

Quelle: Köstler, Pütz, Bayer 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quellen: Roland Köstler, Lasse Pütz: Neuste Fakten zur SE und zur grenzüberschreitenden Verschmelzung, in: AG-Report, Heft 12, Juni 2013; Walter Bayer: Grenzüberschreitende Verschmelzungen im Zeitraum 2007 bis 2012, Studie für die Hans-Böckler-Stiftung, April 2013; Irene Ehrenstein: 654 Unternehmen sind mitbestimmt, in: Mitbestimmung 6/2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,
Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp
Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

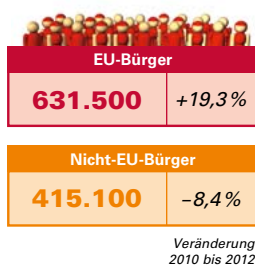
Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei
nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),
weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben
unter boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Krise treibt Europäer ins Ausland

Dauerhaft außerhalb ihres
Heimatlandes arbeiten in
der EU ...



Eurostat, Juni 2013

BILDUNG

Höheres Schulbudget im Osten

Je Schüler investierten
öffentliche allgemeinbildende
Schulen 2010 in ...

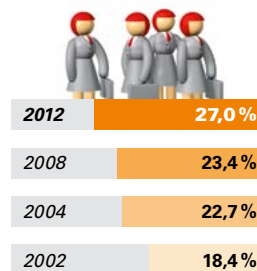
Thüringen	8.600 €
Sachsen-Anhalt	8.300 €
Sachsen	7.900 €
Mecklenburg-Vorpommern	6.900 €
Brandenburg	6.700 €
Deutschland	6.400 €

Statistisches Bundesamt, Juni 2013

GENDER

Öfter Frau Dr. habil.

Von allen abgeschlossenen
Habilitationen entfielen auf
Frauen ...

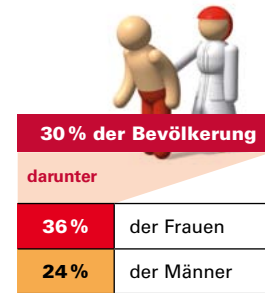


Statistisches Bundesamt, Juni 2013

GESUNDHEIT

Jeder Dritte hat Allergie

Unter einer allergischen
Erkrankung* leiden ...

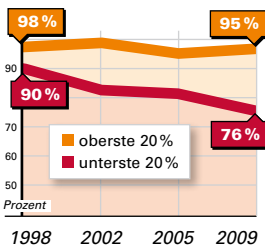


Robert-Koch-Institut, Mai 2013

EINKOMMEN

Geringverdiener gehen immer seltener zur Wahl

Je nach Einkommen
beteiligten sich an der
Bundestagswahl ...



Allensbach-Institut für Bertelsmann
Stiftung, Juni 2013

ARBEITSWELT

Wenig Perspektiven im Bildungssektor

Von allen Neueinstellungen
im Bereich Unterricht und
Erziehung sind befristet:*



* im 1. Halbjahr 2012
Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung, Juni 2013

MITBESTIMMUNG

654-mal Parität im Aufsichtsrat

So viele Unternehmen
hatten einen paritätisch
besetzten Aufsichtsrat ...

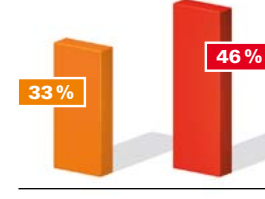


Hans-Böckler-Stiftung, Juni 2013

ZUFRIEDENHEIT

Wachsende Furcht vor Altersarmut

„Ich rechne damit, später
einmal von Altersarmut
betroffen zu sein“, sagten
im ...



1.003 Wahlberechtigte
Infratest Dimap, Juni 2013

► **BILDUNG:** Eine Hochschulkarriere bleibt Kindern von Nicht-Akademikern weiterhin meist versperrt. Wie aus der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) hervor geht, studieren 77 Prozent der Kinder mit akademisch gebildeten Eltern, aber nur 23 Prozent der Kinder ohne Akademiker-Eltern. Die „soziale Selektivität“ beim Zugang zum Hochschulsystem

sei damit „erschreckend stabil“, kritisiert DSW-Präsident Dieter Timmermann. In der Hochschulpolitik seien derzeit „Exzellenz, Elite und Autonomie“ die Schlüsselbegriffe, von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit sei hingegen „kaum die Rede“. DSW, Juni 2013

► **EINKOMMEN:** Die meisten Minijobber bekommen nur einen Niedriglohn. Nach Be-

rechnungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) arbeiteten über 70 Prozent der geringfügig Beschäftigten im Jahr 2011 für weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Eine Abschaffung der Sonderregelungen für die 450-Euro-Jobs könne einen Beitrag zur Begrenzung des Niedriglohnsektors leisten, betont das IAQ. IAQ, Juni 2013

► **ARBEITSMARKT:** Die Wirtschaftskrise trifft insbesondere ausländische Arbeitnehmer in den Industriestaaten hart. So sei die Arbeitslosenquote unter den Einwanderern von 2008 bis 2012 um durchschnittlich fünf Prozentpunkte gestiegen, unter der einheimischen Bevölkerung jedoch nur um drei Prozent, teilte die OECD mit. OECD, Juni 2013

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 4. September

bestellen unter boecklerimpuls.de